

## NIEDERSCHRIFT

über die

Sitzung des Verbandsgemeinderates am

**Mittwoch, den 15. April 2015**

im Sitzungssaal des Rathauses der Verbandsgemeinde Lingenfeld.

**Anwesend stimmberechtigt:**

Bürgermeister Leibeck  
als Vorsitzender

(1)

**Anwesend nicht stimmberechtigt:**

Erster Beigeordneter Peter Beyer  
Zweiter Beigeordneter Christian Cherie  
Dritte Beigeordnete Bianca Dietrich

**Ratsmitglieder:**

Allbrecht Ingrid  
Arnold Josef  
Becker Stefan  
Bentz Katja  
Bognar Julia  
Freye Gustav  
Gamber Hubert  
Goldschmidt Peter  
Grabau Susanne  
Hardardt Volker  
Hellmann Elke  
Hellmann Heinz  
Krauß Thomas  
Krebs Lore  
Lehr Gerhard  
Leuthner Erwin  
Lothringen Ulrich  
Lutzke Bodo  
Lutzke Johannes  
Odenwald Bernhard  
Przygode Jens  
Schick Klaus  
Schmitt Dagnar  
Dr. Seibert Kurt  
Settelmeyer Peter  
Sinn Rudolf  
Vollrath Christiane  
Volz Ingeborg  
Wolff Jürgen

(29)

Büroleiter Jens Hinderberger

FB 2: Bau - Rolf Bähr

FB 3: Schule u. Soziales – Gerhard Benz

FB 3: Ordnung u. Verkehr – Klaus Krebs, Schriftführer

Presse war anwesend

Ein Zuhörer war anwesend

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

**Entschuldigt fehlen:**

Hirl Joachim  
Pramschiefer Dirk  
Rumetsch Katrin

(3)

Der Verbandsgemeinderat besteht gem. § 29 Abs. 1 GemO aus 33 Mitgliedern.

Die Zahl der gewählten Ratsmitglieder gem. § 29 Abs. 2 GemO beträgt 32.

Alle Ratsmitglieder sind mit Einladung vom 02.04.2015 form- und fristgerecht geladen worden.

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 10.12.2014 werden nicht erhoben.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Hinweis auf Beachtung des § 22 GemO ist zu Beginn der Sitzung erfolgt.

Der Verbandsgemeinderat war während der Sitzung stets beschlussfähig.

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Sitzungsteil**

1. Einwohnerfragestunde
2. Auftragsvergabe Landschaftsplan
3. Anerkennung eines Vorentwurfs für die Generalsanierung der Schulturnhalle Weingarten (Pfalz)
4. Bericht der Jugendpflege der Verbandsgemeinde Lingenfeld
5. Resolution gegen den durch den Eisenbahn-Güterverkehr verursachten Lärm entlang der Bahnstrecke Ludwigshafen – Karlsruhe im Gemarkungsbereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld
6. Informationen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Alban Gutting, der nach den Kommunalwahlen im Mai letzten Jahres als Ratsmitglied ausgeschieden ist, von Bürgermeister Leibeck geehrt. Bei der konstituierenden Sitzung 2014 konnte Herr Gutting leider nicht persönlich verabschiedet werden.

Herr Alban Gutting war von 1989 bis 2014 Mitglied im Verbandsgemeinderat Lingenfeld. Außerdem war er von 1969 bis 1999 Mitglied des Ortsgemeinderates und von 1991 bis 1999 Ortsbürgermeister der Ortsgemeinde Lingenfeld. Im Jahre 2013 wurde er zum Ehrenbürger ernannt.

Aufgrund dieses außergewöhnlichen Engagements überreicht Bürgermeister Leibeck die Ehrenurkunde des Gemeinde- und Städtebundes und gibt diese im Wortlaut bekannt.

Bürgermeister Leibeck bedankt sich bei Herrn Gutting für sein Engagement für die Verbandsgemeinde Lingenfeld und darüber hinaus. Im Namen der Verbandsgemeinde Lingenfeld wünscht er ihm für die Zukunft alles Gute und überreicht die Schlemmerkiste des Tourismusvereins der Verbandsgemeinde Lingenfeld.

Herr Alban Gutting bedankt sich für die Ehrung und wünscht dem Verbandsgemeinderat alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Bürger.

## Öffentlicher Teil

### Beratungsgegenstände

#### 1. Einwohnerfragestunde

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

#### 2. Auftragsvergabe Landschaftsplan

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Lingenfeld war auf das Zieljahr 2010 ausgerichtet. Im Rahmen der landesplanerischen Stellungnahme zur 21. Änderung des Flächennutzungsplanes hat die untere Landesbehörde bei der Kreisverwaltung Germersheim festgestellt, dass weitere Änderungen des FNP 2010 nicht mehr zugelassen werden. Eine Generalfortschreibung wurde gefordert.

Insoweit hat der Verbandsgemeinderat Lingenfeld bereits eine Grundsatzentscheidung gefasst, sowie in seiner Sitzung vom 10.12.2014 den Auftrag an das Planungsbüro Fischer, Mannheim, erteilt.

Zur abschließenden Bearbeitung des Flächennutzungsplanes sind noch folgende Aufträge zu erteilen:

- der Umweltbericht als besonderer Teil der Begründung zum Flächennutzungsplan,
- der Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan,
- die Biotoptypenkartierung, sowie
- das landespflegerische Entwicklungskonzept.

Für diese Teilleistungen können teilweise Zuschüsse des Landes beantragt werden. Vor einer Auftragsvergabe ist deshalb eine Entscheidung über den Zuschussantrag abzuwarten oder der vorzeitige Planungsbeginn zu beantragen.

Für die gesamten o.g. Leistungen lag bisher erst ein Angebot des Planungsbüros IUS, Kandel, vor. Es schließt mit vorläufig 111.240,44 € brutto ab. Zusätzlich wurde ein 2. Honorarvorschlag vom Planungsbüro Nied, Schwegenheim, eingeholt. Dieser schließt mit einer Gesamtsumme von insgesamt 153.744,73 € brutto ab. Der nicht unwesentliche Unterschied ist darauf zurückzuführen, dass IUS auf Grundlagen aus der Erstellung des 1. Landschaftsplans zurückgreifen kann, während das Planungsbüro Nied diese Grundlagen erstmals erarbeiten muss.

Der Bauausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss haben in ihren Sitzungen jeweils einstimmig empfohlen, den Auftrag an das Büro IUS Weibel & Ness, Kandel, zu vergeben. Einen Antrag auf Zuschuss für den Landschaftsplan wurde über die Kreisverwaltung Germersheim bei der ADD gestellt. Die Kreisverwaltung hat die Notwendigkeit der Überarbeitung des Landschaftsplanes bestätigt. Eine Zuschusszusage der ADD liegt aber noch nicht vor. Der zu erwartende Zuschuss liegt bei ca. 25%.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat erteilt den Auftrag für den neuen Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan 2030 an das Büro IUS Weibel & Ness, Kandel, zur vorläufigen Auftragssumme vom 111.240,44 € brutto. Die Beauftragung erfolgt vorbehaltlich der Einwilligung des Landes Rheinland-Pfalz in den vorzeitigen Maßnahmenbeginn.“

### **3. Anerkennung eines Vorentwurfs für die Generalsanierung der Schulturnhalle Weingarten (Pfalz)**

Der zuständige Beigeordnete Peter Beyer erläutert den Sachverhalt und verweist darauf, dass bereits seit 2012 über die Grundsanierung der Schulturnhalle beraten wird. Die vom Architekten Ralf Eckert erarbeitete Studie wird von ihm positiv bewertet.

Der Architekt Ralf Eckert, Schwegenheim, hat für die Generalsanierung der Schulturnhalle Weingarten (Pfalz) einen ersten Vorentwurf ausgearbeitet und in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses mit dem Schulträgersausschuss am 11.03.2015, sowie in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2015 vorgestellt.

Der Vorentwurf entstand auf der Basis der Machbarkeitsstudie vom Mai 2012, Bestandsaufnahmen, Bestandsbewertungen, Gesprächen mit der Grundschulleitung und diversen Nutzern.

Das ursprüngliche Konzept wurde dabei fortentwickelt und eine Nutzung durch die betreuende Grundschule mit berücksichtigt.

Die geschätzten Gesamtkosten von ca. 1.128.000,00 € aus der Machbarkeitsstudie vom 30.05.2012 wurden fortgeschrieben. Dabei sind folgende Kostensteigerungsfaktoren berücksichtigt:

- Allgemeine Preissteigerungen gem. Preisindex des Stat. Bundesamtes von ca. 5 %
- Einhaltung des EnEV 2014
- Komplettsanierung des Bereichs für die betreuende Grundschule einschl. Vorbereitungsküche
- Behindertengerechter Zugang über den Schulhof von der Grundschule zur Schulturnhalle
- Abriss der Bühne und Umbau zu Geräteräumen für Turngeräte / mobile Bühne

Dadurch sind die geschätzten Gesamtkosten auf ca. 1.418.000,00 € gestiegen.

Die Präsentation des Architekturbüros Eckert liegt den Ratsfraktionen vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmig empfohlen, den vorgelegten Vorentwurf für die weitere Planung anzuerkennen.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat stimmt dem vom Architekturbüro Ralf Eckert, Schwegenheim, vorgelegten Vorentwurf für die Generalsanierung der Schulturnhalle Weingarten (Pfalz) zu. Die Planung kann auf der Grundlage dieses Vorentwurfs weiter ausgearbeitet und zur Genehmigungsreife geführt werden.“

### **4. Bericht der Jugendpflege der Verbandsgemeinde Lingenfeld**

Der Jahresbericht 2014 liegt jedem Ratsmitglied vor.

Die zuständige Beigeordnete Bianca Dietrich macht einige Ausführungen zur Arbeit in der Jugendpflege innerhalb der Verbandsgemeinde. Frau Dietrich bedankt sich bei allen Helfern, insbesondere bei den Jugendpflegern Siegfarth und Redner für die geleistete Arbeit.

Jugendpfleger Bodo Redner berichtet über Einzelheiten, Schwerpunkte und Aufgabenverteilung in dem Bereich Jugendpflege. Herr Redner macht Ausführungen zu der Jugendarbeit in den Einrichtungen in den einzelnen Ortsgemeinden.

Bürgermeister Leibeck bedankt sich ebenfalls bei den Jugendpflegern und teilt mit, dass man sich in vierteljährlichen Gesprächen mit den Jugendpflegern austauschen wird.

## 5. Resolution gegen den durch den Eisenbahn-Güterverkehr verursachten Lärm entlang der Bahnstrecke Ludwigshafen-Karlsruhe im Gemarkungsbereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld

Mit einer gemeinsamen, parteiübergreifenden Erklärung treten die politischen Vertreter im Landkreis Germersheim gegen die aktuellen Pläne der Deutschen Bahn zur Erhöhung des Güterverkehrs auf den Bahnstrecken in Landkreis Germersheim ein und stellen eine Reihe an Forderungen.

Das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) stellt derzeit einen neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) auf, der noch 2015 vorgestellt werden soll. Unter anderem ist vorgesehen, bis 2030 den Güterverkehr auf der Strecke Rotterdam-Genua deutlich zu erhöhen. Der BVWP enthält in seinem jetzigen Entwurf Planungsvarianten mit voraussichtlich sehr negativen Auswirkungen auf die Menschen, auch im Bereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld. Es stehen eine rechtsrheinische und zwei linksrheinische Varianten, die sogenannte „Große und Kleine Pfalzlösung“ zur Debatte.

Beide linksrheinischen Varianten hätten zu Folge, dass statt nur 2 bis 4 Güterzüge täglich etwa 42 Güterzüge durch unseren Landkreis Germersheim und somit auch durch den Bereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld fahren würden. Ein Großteil dieser Züge soll nachts fahren. Diese massive Steigerung des Güterverkehrs würde die Wohn- und Lebenssituation der Menschen im unmittelbaren Umfeld der Bahnstrecke nachhaltig, auch gesundheitlich, beeinträchtigen.

Durch den höheren Güterbahnverkehr wird eine Reihe Probleme auf die betroffenen Regionen und Bereiche zu kommen. Die Bahnstrecken in der Südpfalz sind für die vorgesehenen massiven Steigerungen des Güterverkehrs völlig ungeeignet. Sie verlaufen ohne jeglichen Lärmschutz durch zahlreiche Ortschaften (u.a. auch durch die Ortsgemeinde Lingenfeld) teilweise sehr dicht besiedelten Gebieten. Im Bereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld leben ca. 500 Menschen im unmittelbaren Nahbereich der Haltepunkte. Diese wären künftig schutzlos dem zu erwartenden Bahnlärm ausgesetzt. Entlang der Strecke existieren zahlreiche beschränkte Bahnübergänge, die künftig häufig und lange geschlossen wären. Ein geordneter Individualverkehr wäre kaum noch möglich. Ordnungsgemäße Schülerbeförderung wäre unmöglich, Krankentransporte hätten erhebliche Wartezeiten und damit erhöhte Sicherheitsrisiken. Unsere wirtschaftlich prosperierende Region ist auf eine gut funktionierende Straßeninfrastruktur angewiesen. Die Bahnstrecken werden intensiv durch den ÖPNV genutzt, der in den kommenden Jahren noch intensiviert bzw. ausgebaut werden soll.

Die Bahn hat die „Kleine Pfalzlösung“ angemeldet, ohne die anliegenden Kommunen zu beteiligen oder auch nur vorab zu informieren. Gleichzeitig wird die Bahn aufgefordert im Interesse der entlang der Bahnstrecke lebenden Menschen, die vorgesehenen Pläne zu überdenken und zu überarbeiten.

In der „Germersheimer Erklärung“ fordert daher der Kreistag des Landkreises Germersheim, der sich bereits zahlreiche Kommunen angeschlossen haben, umfassende Verträglichkeitsstudien für alle Trassenvarianten, ein menschenverträgliches Güterverkehrskonzept, welches negative Folgen für die Menschen an der Strecke weitestgehend vermeidet oder minimiert, optimaler Lärmschutz, ein weiterhin funktionierender Individualverkehr beim Kreuzen der Bahntrasse, ein demokratischer und transparenter Planungsprozess mit frühzeitiger Beteiligung aller betroffenen Kommunen und bundesweit den Einsatz von Güterzügen mit sogenannte „Flüsterbremsen“.

Der Entwurf der „Germersheimer Erklärung“ ist als **Anlage** beigelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 18.03.2015 empfohlen, sich der „Germersheimer Erklärung“ anzuschließen.

Bürgermeister Lebeck macht weitere Ausführungen und hält den Schutz der Bürger vor zusätzlichem Lärm für sehr wichtig. Aber nicht nur Lärm, sondern auch Erschütterungen beim Durchfahren von langen Güterverkehrszügen werden sich erhöhen. Fünf Straßen von Lingenfeld liegen direkt an den Schienen und sind betroffen. Aber auch die Anlieger hinter den direkten Straßen an den Schienen sind natürlich betroffen. Das sind insgesamt ca. 140 Häuser und ca. 550 Menschen.

Bürgermeister Leibeck spricht sich für die Beschlussfassung der Resolution in der vorliegenden Form aus.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig - bei einer Enthaltung - folgenden

**Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat Lingenfeld schließt sich vollumfänglich der „Germersheimer Erklärung“ gegen den durch den Eisenbahn-Güterverkehr verursachten Lärm, insbesondere auch entlang der Bahnstrecke Ludwigshafen – Karlsruhe im Gemarkungsbereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld, an.

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Lingenfeld wird zudem beauftragt, sich gemeinsam mit den betroffenen Kommunen abzustimmen und sich auf allen Ebenen beim Thema Güterbahnverkehr für die berechtigten Belange der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch im Bereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld, einzusetzen.“

**6. Informationen und Anfragen**

a) Vortrag „Sonne bezahlt die Stromrechnung“

Bürgermeister Leibeck gibt bekannt, dass am 22.04.2015 in der Goldberghalle ein Vortrag „Sonne bezahlt die Stromrechnung“ stattfindet. Die Ratsmitglieder sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen.

b) Baumkataster

Auf Anfrage von Ratsmitglied Wolff (CDU) gibt Bürgermeister Leibeck den Sachstand im Zusammenhang mit der Erstellung des Baumkatasters bekannt. Nach Abschluss der Arbeiten werden für die einzelnen Ortsgemeinden die Sitzungsvorlagen von der Verwaltung erstellt.

Worüber Niederschrift

g. u. u.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Leibeck  
Bürgermeister

Krebs

Folgt nichtöffentlicher Teil